

regulate the labour market to the extent that has been done in UK. I would say changing the Eurozone rules for macroeconomic policy is a priority. Of course, in the longer run, I would like to see more profound changes in all European economies. We need to find ways of creating a new, progressive, synthesis between individual and collective social and economic rights that will enable us to democratise our economies.

The interview was conducted by Sabine Reiner in January 2005.

Selected publications of Diane Elson:

Male Bias in the Development Process (ed.), Manchester: Manchester University Press 1995 • Special Issues of World Development on Gender, Adjustment and Macroeconomics (co-ed.) 1995, 2000 • UNIFEM Report on Progress of the World's Women, 2000 • Socializing Markets, Not Market Socialism, in: Socialist Register 1999/2000 • The International Financial Architecture – A View from the Kitchen, in: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft 2002 • Human Rights and Corporate Profits: the Case of the UN Global Compact, in: Beneria, Lourdes/Bisnath, Savitri (eds.), Global Tensions: Challenges and Opportunities in the World Economy, London: Routledge 2004

Aus: Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Jg. 2 (2005), H. 1

Mehr Beschäftigung durch Arbeitszeitverlängerung?

*Ewald Walterskirchen**

Zur politischen Diskussion

Mit seinem Buch »Ist Deutschland noch zu retten?« hat ifo-Präsident Hans-Werner Sinn die Diskussion um eine Verlängerung der Arbeitszeit beflügelt (vgl. Sinn 2003). Er forderte die Wiedereinführung der 42-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Klaus Zimmermann ergänzte, man könnte auch mal die Arbeitszeit auf 50 Stunden erhöhen. Der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sekundierte und schrieb in seinem jüngsten Gutachten ein Plädoyer für eine Arbeitszeitverlängerung (vgl. Sachverständigenrat 2004). Unternehmerverbände und PolitikerInnen überboten sich in immer neuen Forderungen zur Verlängerung der Wochenarbeitszeit und zum Abbau von Urlaubs- und Feiertagen. In einigen deutschen Bundesländern wurde die Arbeitszeit der öffentlich Bediensteten auf bis zu 42 Stunden erhöht. Die Gewerkschaften setzten

* Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien.

sich zwar heftig gegen die »Zurückdrehung des Rads der Geschichte« zur Wehr, boten aber im »Sündenfall« Siemens den BefürworterInnen einer Arbeitszeitverlängerung reichlich Nährboden.

Wie üblich breitete sich die Debatte von Deutschland nach Österreich aus. Ein Vorschlag des österreichischen Finanzministers zur Abschaffung von Feiertagen wurde jedoch von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und von Seiten der Kirche vehement abgelehnt. Der Wirtschaftsminister und der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich verständigten sich darauf, dass eine Arbeitszeitverlängerung nicht zur Diskussion stehe. Sie erklärten vielmehr die Flexibilisierung der Arbeitszeit zum vorrangigen Ziel.

Eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich bedeutet eine Verringerung des Stundenlohns sowie der bezahlten Überstunden bei gleichzeitiger Ausweitung des angebotenen Arbeitsvolumens. Jahrzehntlang forderten viele deutsche ÖkonomInnen – allen voran die Mitglieder des Sachverständigenrates und WirtschaftswissenschaftlerInnen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft – Lohnzurückhaltung, insbesondere ein Zurückbleiben der Real-löhne hinter der Produktivitätssteigerung. Tatsächlich muss man den deutschen Gewerkschaften denn auch für die letzten zehn Jahre eine starke Lohnzurückhaltung attestieren. Schließlich stiegen die Nominallohne seit 1995 nur in Japan noch langsamer als in Deutschland. Die Reallöhne blieben weit hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück – nicht weil die ÖkonomInnen dies forderten, sondern weil die hohe Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften zu einer vorsichtigen Lohnpolitik zwang. Die Entwicklung in Österreich war ganz ähnlich wie in Deutschland, hier war in den vergangenen Jahren die Reallohnflexibilität in Bezug auf die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Dennoch blieben beide Länder seit 1995 Nachzügler in der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung. Die positive Rückwirkung der Lohnzurückhaltung auf die Arbeitslosigkeit blieb aus. Letztere wurde in Österreich nur durch massive Frühpensionierungsaktionen niedrig gehalten.¹

Obwohl die ausgeprägte Lohnzurückhaltung in Deutschland nicht die von vielen ÖkonomInnen erwarteten Arbeitsmarkterfolge brachte, soll diese Politik nun durch eine Arbeitszeitverlängerung forciert werden.

Arbeiten die Deutschen weniger?

In der Diskussion um die Verlängerung der Arbeitszeit wird behauptet, dass die 35-Stunden-Woche ein wesentlicher Grund für die schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland sei. Die höhere Wachstumsrate der USA in den 1990er Jahren wird mit den langen Arbeitszeiten in Zusammenhang gebracht.

Arbeitszeitstatistiken sind international besonders schwer vergleichbar. Detaillierte und relativ verlässliche Ländervergleiche der Arbeitszeit hat das European Industrial Relations Observatory durchgeführt (vgl. EIRO 2003). Nach diesen Berechnungen liegt die tariflich vereinbarte Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland mit 37,7 Stunden etwas unter dem EU-Durchschnitt (38 ½ Stunden). Am höchsten sind die tariflich vereinbarten

1 Österreich weist eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten älterer Menschen in der EU auf.

Wochenarbeitszeiten in den EU-Beitrittsländern (Slowakei, Ungarn) mit 40 bis 41 Stunden, am niedrigsten in Frankreich, Dänemark und den Niederlanden mit 36 bis 37 Stunden.

In den EU-Arbeitskräfteerhebungen wird die tatsächliche Wochenarbeitszeit erfasst, sie schließt die geleisteten Überstunden mit ein. Nach diesen Daten liegt die Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten in Deutschland sowie in Österreich mit 40 Stunden im EU-Durchschnitt.

Die OECD stellte jüngst fest, dass Länder mit hoher Arbeitszeit im Allgemeinen eine niedrige Beschäftigungsquote, Länder mit niedriger Arbeitszeit dagegen eine hohe Beschäftigungsquote haben (OECD 2004: 17). Das nachgefragte Arbeitsvolumen kann also auf mehr Beschäftigte mit kürzerer Arbeitszeit oder auf weniger Beschäftigte mit längerer Arbeitszeit verteilt werden. Dies sollte den VertreterInnen einer Arbeitszeitverlängerung zu denken geben. Der internationale Vergleich gibt insgesamt keinerlei Hinweise darauf, dass in Europa ein positiver Zusammenhang zwischen langer Arbeitszeit und hoher Wirtschaftsleistung besteht. Eher im Gegenteil: Am längsten müssen die ArbeitnehmerInnen in den ärmeren ost- und südeuropäischen Staaten arbeiten, am kürzesten in den reichen skandinavischen Ländern. Echter Wohlstand, der auf technologischem Fortschritt beruht (vgl. Aiginger 2004), bedeutet ein hohes Einkommens- und Beschäftigungsniveau sowie zunehmende Freizeit der ArbeitnehmerInnen.

Arbeitszeit und Wirtschaftswachstum

Die Bedeutung der Länge der Arbeitszeit für das Wirtschaftswachstum wurde in den letzten Jahren von einer Reihe von Supply-Side-ÖkonomInnen stark betont. Unter der Devise »Wachstum ohne Kosten« (für den Staat) wurden Arbeitszeitverlängerungen propagiert. Dabei bildeten immer die USA das Vorbild. Es wurde gezeigt, dass das hohe Pro-Kopf-Einkommen in den USA nur in geringem Maß auf eine höhere Stundenproduktivität zurückgeht. Der Vorsprung der USA gegenüber Europa lässt sich großteils auf eine höhere Beschäftigungsquote und eine längere Arbeitszeit je Beschäftigten zurückführen. Längere Arbeitszeiten sind allerdings zwiespältig für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien. Der Lebensstandard ist zwar in den USA höher, die Lebenserwartung jedoch um drei Jahre niedriger als in Europa.

Arbeitszeitregelungen gehören in den meisten europäischen Ländern zu den Kernkompetenzen der Sozialpartner. Die guten Ratschläge von ÖkonomInnen und PolitikerInnen richten sich also vor allem an die Tarifparteien. Der deutsche Sachverständigenrat empfiehlt in seinem jüngsten Jahresgutachten eine Verlängerung der Arbeitszeit (vgl. Sachverständigenrat 2004). Er bezeichnet den Arbeitsmarkt sogar als »Motor des Wirtschaftswachstums«. Die ExpertInnen des Sachverständigenrates zerlegen die Angebotskomponenten des Wachstums in einzelne Bestandteile und stellen beim Vergleich zwischen den USA und Deutschland fest: Die Produktivität entwickelte sich seit 1991 in den USA und Deutschland relativ ähnlich. Das Nachhinken Deutschlands betraf ausschließlich den Faktor Arbeit: Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen und die Erwerbstätigenquote gingen zurück, die Bevölkerung wuchs weitaus langsamer als in den USA. Als wachstumsfördernde Politik schlägt der Sachver-

ständigerrat vor, das Arbeitsangebot zu erhöhen: konkret, die Arbeitszeit zu verlängern, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen und die Immigration zu erleichtern.

Es ist allerdings ziemlich offenkundig, dass der geringere Beitrag des Faktors Arbeit zum Wirtschaftswachstum in Deutschland die Folge – nicht die Ursache – des schwachen Wirtschaftswachstums darstellt. In den USA hat das hohe Wachstum, das von der Inlandsnachfrage (Wohnungsbau und Konsum) getragen war, zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, zu einer Stabilisierung von Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit sowie zu hoher Zuwanderung geführt. In Deutschland drückte dagegen die schwache Inlandsnachfrage (Wohnungsbau und Konsum) das Wachstum. Dies führte zu Kündigungswellen, steigender Arbeitslosigkeit, sinkender Erwerbsbeteiligung (Frühpensionierungen) und einem Rückgang der Arbeitszeit (weniger Überstunden, Teil- statt Vollzeit).

Besonders deutlich wird die Richtung der Kausalität beim Vergleich zwischen Deutschland und dem Euro-Raum. Das langsamere Wirtschaftswachstum in Deutschland ging praktisch ausschließlich auf den geringeren Beitrag der Erwerbstätigenquote zurück. Es kann niemand ernstlich daran zweifeln, dass niedriges Wirtschaftswachstum zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Frühpensionierungen führt – nicht umgekehrt. Des Weiteren ist evident, dass der Einbruch der Wohnungsbautätigkeit zur schwachen Beschäftigungsentwicklung in Deutschland beitrug – nicht umgekehrt.

Überdies hinkt der Arbeitsmarkt der Wirtschaftsentwicklung um fast ein Jahr hinterher. Schon aus diesem Grund ist es höchst unwahrscheinlich, dass der Arbeitsmarkt zum Motor des Wirtschaftswachstums werden kann.

Da die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Denkmodell des Sachverständigenrates – eine Ausnahme bildet hier der Würzburger Ökonom Peter Bofinger – nicht vorkommt, wird die steigende Arbeitslosigkeit nicht als zunehmender Überschuss des Arbeitsangebots über die Arbeitsnachfrage gesehen. Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den USA und Deutschland wird nicht einmal thematisiert. Dadurch kommt es zu dem Trugschluss, dass ein Anstieg des angebotenen Arbeitsvolumens einen Wachstums- und vielleicht sogar Beschäftigungsschub auslösen könnte. In einer Situation massiven Arbeitskräfteüberschusses können hiervon jedoch nur sehr begrenzte Wachstumsimpulse ausgehen. Eine starke Ausweitung des angebotenen Arbeitsvolumens durch Verlängerung der Arbeitszeit führt unter diesen Bedingungen nicht zu einer »Sicherung der Beschäftigung« (Sachverständigenrat), sondern unweigerlich zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Arbeitszeitverlängerung und Lohnentwicklung

Die VertreterInnen einer Arbeitszeitverlängerung streben eine massive Verringerung des Stundenlohns zur Steigerung der (ohnehin hohen) Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland an. Sie unterstellen, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit keine Einkommens- und Kaufkrafteinbußen nach sich zieht. Das stimmt aus zwei Gründen nicht:

- Der Großteil der bezahlten Überstunden (samt Zuschlägen) wird wegfallen, wenn die Arbeitszeit auf 40 oder 42 Stunden verlängert wird. In Österreich werden z.B. 200

Millionen bezahlte Überstunden geleistet (vier Prozent des Arbeitsvolumens). Eine Einkommens- und Kaufkrafteinbuße von drei bis vier Prozent infolge des Wegfalls von Überstunden plus Zuschlägen erscheint realistisch.

- Bei einer Ausweitung der Arbeitszeit je Beschäftigten um zehn Prozent wird die Zahl der Beschäftigten unweigerlich zurückgehen. Die Erwartung, dass die Nachfrage nach Arbeit dadurch um zehn Prozent und mehr steigen könnte, erscheint realitätsfern. Die weiter unten angeführten Modellsimulationen lassen (für Österreich) einen Rückgang der Beschäftigung um etwa 2½ Prozent erwarten. Gemeinsam mit den Überstundenausfällen würde eine Arbeitszeitverlängerung um zehn Prozent somit zu einer Verringerung der Lohn- und Gehaltssumme um etwa sechs Prozent führen.

Die Hoffnungen der BefürworterInnen einer Arbeitszeitverlängerung richten sich auf die Beschäftigungseffekte einer Lohnsenkung. Im Makromodell des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) führt eine Lohnsenkung um zehn Prozent in Österreich – ceteris paribus – zu einem BIP-Anstieg um ein Prozent und zu einem Beschäftigungszuwachs um nur 0,4 Prozent. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft vertrat dagegen in den neunziger Jahren die Ansicht, dass eine Verringerung der Löhne um zehn Prozent zu einer Beschäftigungssteigerung um bis zu zehn Prozent führen würde. Das Volkseinkommen könne – bei gegebenem Gewinnanteil – entweder auf mehr Beschäftigte oder auf höhere Pro-Kopf-Löhne verteilt werden. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte sprechen freilich eine ganz andere Sprache: Der Rückgang der realen Lohnstückkosten um etwa zwölf Prozent seit 1980 hat weder in Deutschland noch in Österreich zu sichtbaren Beschäftigungseffekten geführt (vgl. Marterbauer/Walterskirchen 2002), nur die Unternehmensgewinne stiegen signifikant.

Die VertreterInnen einer Politik der forcierten Lohnzurückhaltung sind bisher eine adäquate Erklärung schuldig geblieben, warum diese Politik bisher nicht gewirkt hat. In nicht sehr überzeugender Weise wurde versucht, Verschiebungen in der Branchenstruktur – nicht Lohnzurückhaltung – für den Rückgang der realen Lohnstückkosten verantwortlich zu machen. Der Hauptgrund für den fehlenden Beschäftigungseffekt dürfte jedoch eher darin liegen, dass die Lohndämpfung nur über eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auf die Beschäftigung wirkt. Wenn alle Länder im gleichen Ausmaß eine Strategie der Lohnkostensenkung verfolgen, verbessert sich die Wettbewerbsfähigkeit in keinem Land. Darüber hinaus wird der kurz- und mittelfristige Einfluss der Lohnzurückhaltung auf die Substitution von Kapital durch Arbeit weit überschätzt.

Für Länder mit ungünstiger Außenhandels- und Leistungsbilanzentwicklung kann eine Senkung der Lohnstückkosten eine wichtige Strategie zur Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit sein, insbesondere wenn die Abwertung der Währung – wie etwa im Euro-Raum – nicht mehr als wirtschaftspolitisches Instrument zur Verfügung steht. Deutschland zeichnet sich jedoch durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse und eine positive Entwicklung des realen Außenbeitrags aus.

Modellrechnungen für Österreich

Das WIFO hat mit Hilfe des WIFO-Makromodells die Auswirkungen von Arbeitszeitveränderungen auf die wichtigsten makroökonomischen Größen berechnet. Da es in der Vergangenheit nur Verkürzungen der Arbeitszeit gab, erfolgt die Analyse unter der Annahme, dass eine Verlängerung der Arbeitszeit symmetrisch in die Gegenrichtung wirkt.

Wenn die Jahresarbeitszeit um zehn Prozent verlängert wird, führt dies gemäß WIFO-Makromodell in Österreich dazu, dass das reale BIP im Laufe von fünf Jahren um $\frac{1}{2}$ Prozent bis ein Prozent rascher steigt als in der Basislösung (ohne Verlängerung der Arbeitszeit). Ein starker Anstieg der Exporte wird durch einen Rückgang des privaten Konsums konterkariert. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Unternehmen Kosteneinsparungen im Inland nur teilweise an die Kunden weitergeben und Gewinnsteigerungen nur zum Teil reinvestieren. (Das steht im Gegensatz zu den Annahmen des Sachverständigenrates.) Per Saldo überwiegt in Österreich der positive Einfluss auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geringfügig – in Ländern mit geringerer Außenhandelsverflechtung muss dies allerdings nicht der Fall sein.

Dieses Modellergebnis sollte kontrastiert werden mit den Vorstellungen des ifo-Instituts, dass eine Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden (um etwa fünf Prozent) das Brutto-Inlandsprodukt um »drei bis fünf Prozent« erhöht.² Das hieße, dass die Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht durch Nachfragemangel, sondern durch generelle Knappheit an Arbeitskräften behindert wird.

Die Auswirkungen einer Arbeitszeitverlängerung für den Arbeitsmarkt sind gemäß WIFO-Simulationen deutlich negativ, weil infolge der längeren Arbeitszeit weniger zusätzliche Beschäftigte eingestellt werden müssen. Anders ausgedrückt: Die gleiche Produktion kann mit weniger Beschäftigten erbracht werden. Der positive Beschäftigungseffekt des etwas höheren Wirtschaftswachstums reicht bei weitem nicht aus, um die negativen Auswirkungen der längeren Arbeitszeit auf die Beschäftigung wettzumachen. Bei einer Verlängerung der Jahresarbeitszeit um zehn Prozent wird die Zahl der Erwerbstätigen gemäß WIFO-Makromodell um $2\frac{1}{2}$ Prozent zurückgehen, die Arbeitslosenquote wird um $1\frac{1}{2}$ Prozent Prozentpunkte steigen. Die Arbeitszeit wird also für die Beschäftigten verlängert, aber für noch mehr Arbeitslose auf Null gesetzt (vgl. Chaloupek 2003).

Das WIFO-Modell bestätigt die negativen Beschäftigungswirkungen einer Arbeitszeitverlängerung für Deutschland, welche die Citigroup (Michels 2004) und die deutsche Bundesagentur für Arbeit errechnet haben (Bundesagentur für Arbeit 2004). Eckhard Hein (2004: 691) kommt zum gleichen Ergebnis: Unbezahlte Arbeitszeitverlängerung verschärft die Lücke zwischen Produktionskapazität und Güternachfrage sowie den Deflationsdruck in Deutschland. Sie führt daher nicht zu mehr, sondern zu weniger Beschäftigung. Ähnlich argumentiert auch Hartmut Seifert (2003). Die Modell-Ergebnisse gehen auch konform mit den Erwartungen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, dass die Verlängerung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu beträchtlichen Einsparungen an Beschäftigten

2 Hans-Werner Sinn im Manager-Magazin vom 15.01.2004.

führen werde. Der Sachverständigenrat ist dagegen der Meinung, dass die Beschäftigung gesichert werde und sogar eine Steigerung möglich sei.

Eine Verlängerung der Arbeitszeit kann langfristig positive Wirkungen haben, wenn die Arbeitskapazitäten an ihre Grenzen stoßen und ein Konjunkturaufschwung in seiner Spätphase durch generellen Mangel an Arbeitskräften behindert wird. Bei einer Arbeitslosenquote von zehn Prozent und damit einem Arbeitsangebotsüberschuss verschärft jedoch eine Arbeitszeitverlängerung die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass in einer Reihe von Staaten (Niederlande, Skandinavien) Flexibilisierungsmaßnahmen nicht mit einer Verlängerung, sondern einer Verkürzung der Arbeitszeit verbunden waren. Auch auf Unternehmensebene war die Flexibilisierung teilweise mit einer Verkürzung der Arbeitszeit verknüpft, um Kündigungen durch erhöhte Produktivität zu vermeiden (Beispiel Volkswagen). Erst in jüngster Zeit wird damit experimentiert, krisengeschüttelte Unternehmen durch eine längere Arbeitszeit – d.h. niedrigere Stundenlöhne – wettbewerbsfähiger zu machen.

Wenn man die Modell-Effekte einer Arbeitszeitverlängerung (ohne Lohnausgleich) mit jenen einer Lohndämpfung vergleicht, zeigt sich Folgendes: Beide Maßnahmen wirken sich in Österreich per Saldo leicht positiv auf das Wirtschaftswachstum aus – wegen der Schwächung der Inlandsnachfrage jedoch weit weniger, als dies meist erhofft wird. Im Gegensatz zur Lohnzurückhaltung ist der Einfluss einer Arbeitszeitverlängerung auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit dramatisch negativ, da die induzierte zusätzliche Nachfrage bei weitem nicht mit der Erhöhung des angebotenen Arbeitsvolumens mithalten kann.

Da die anderen europäischen Länder auf eine »beggar my neighbour«-Strategie der Arbeitszeitverlängerung reagieren müssen, könnte dann die Wirtschaftsentwicklung in der EU der Situation auf deutschen Autobahnen ähneln: Wenn alle auf der Überholspur fahren wollen, wird diese zur Kriechspur.

Schlussfolgerungen

In der deutschen ökonomischen Diskussion spielte das »Gürtel-Enger-Schnallen« schon immer eine besondere Rolle: Lohnzurückhaltung würde zu mehr Beschäftigung, Sparen (Kaufzurückhaltung) zu mehr Investitionen und Einsparungen des Staates zu höherem Wachstum der Privatwirtschaft führen. Empirische Belege für diese Axiome sind dürftig oder nicht vorhanden, werden aber auch nicht für unbedingt notwendig erachtet. Zwei Prämissen sind in diesem Zusammenhang besonders zu hinterfragen:

- Eine Umverteilung von den ArbeitnehmerInnen zu den UnternehmerInnen nützt der gesamten Volkswirtschaft.
- Sinkende Lohnkosten bedeuten immer mehr Beschäftigung.

Wenn die Wirtschaftswissenschaften nicht bloß die Unternehmerinteressen artikulieren sollen, dann müssen sie Angebots- und Nachfrageaspekte gleichrangig behandeln und überzeugende empirische Belege für ihre Axiome finden.

Wie sehr sich die vorherrschenden ökonomischen Vorstellungen zweier Nachbarländer unterscheiden können, belegt die ablehnende Stellungnahme des ehemaligen Leiters des WIFO, Helmut Kramer (2004), zu einer Arbeitszeitverlängerung. Er schreibt:

»Eine generelle Strategie der Lohnsenkung ist angesichts der globalen Umgebung aussichtslos und abzulehnen, weil sie für das volkswirtschaftliche System kaum absehbare, aber bedenkliche wirtschaftliche und soziale Rückschläge mit sich bringen würde. Die grundlegende Strategie zur Erhaltung von Standort und Wohlstand muss auf Innovation auf allen Ebenen ausgerichtet sein.«

Somit drängt sich die Schlussfolgerung auf: Die Krise der deutschen Wirtschaft ist auch eine Krise der vorherrschenden deutschen Wirtschaftswissenschaft. Die völlige Vernachlässigung der Nachfrageseite der Wirtschaft, die auch Dennis Snower, der neue Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft konstatierte, führt wirtschafts- und beschäftigungspolitisch in die Irre.

Literatur

- Aiginger, Karl (2004): The Relative Importance of Labour Market Reforms to Economic Growth – The European Experience in the Nineties, WIFO, Wien
- Bundesagentur für Arbeit (2004): Mit längeren Arbeitszeiten aus der Beschäftigungskrise?, in: IAB-Kurzbericht, H. 10
- Chaloupek, Günther (2004): Arbeitszeitverlängerung für Arbeitslose. Editorial, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 30, H. 2, S. 171–175
- EIRO (2003): Working Time Developments 2003, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin
- Marterbauer, Markus/Walterskirchen, Ewald (2002): Entwicklung der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten, WIFO, Wien
- Michels, Jürgen (2004): Germany: Does Working Time Matter?, in: Citigroup Euro Weekly, 5. August 2004, S. 4–6
- Hein, Eckhard (2004): Arbeitszeitverlängerung als wirtschaftspolitisches Allheilmittel?, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 57, H. 12, S. 690–691
- Kramer, Helmut (2004): Zur Debatte über eine Arbeitszeitverlängerung, WIFO-Pressesaussendung, Juni 2004
- OECD (2004): Employment Outlook, Paris
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Jahresgutachten 2004/05, Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Wiesbaden
- Seifert, Hartmut (2003): Zeitenwende – Was bringen längere Arbeitszeiten für die Beschäftigung?, in: WSI-Mitteilungen, Jg. 56, H. 11, S. 644–650
- Sinn, Hans-Werner (2003): Ist Deutschland noch zu retten?, München